

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 09 · 19.12.2011

*Inhalt

- | | | | |
|----|---------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|-------------------------------------------------------------------|
| 02 | UN-Behindertenrechtskonvention jetzt umsetzen | Thema: Europäische Finanzkrise | |
| 03 | Editorial | 10 | EU-Gipfel war ein Signal für die Spaltung Europas |
| 04 | Der Placebo-Mindestlohn der CDU | 11 | Schwarz-Gelb verbessert Gesundheitsversorgung für Patienten nicht |
| 05 | Wahre Worte zu den falschen Behauptungen von Bahr und Merkel | 12 | Was bringen die Vereinbarungen von Durban? |
| 06 | SPD ist treibende Kraft bei der Abschaffung des Kooperationsverbots | 13 | Bundeswehrrückzug aus Afghanistan kann endlich beginnen |
| 06 | Kampf gegen Rechtsextremismus im Sportbereich | 14 | Unsere Bewertung der Ereignisse in Kunduz im September 2009 |
| | Thema: Rechtsextremismus | 15 | SPD will Informationsrechte von Verbrauchern stärken |
| 07 | Rechtsextremismus engagiert bekämpfen | 16 | Personalie, in eigener Sache |
| | Thema: Bundeshaushalt 2012 | | |
| 09 | Bundesregierung verspielt Deutschlands Glaubwürdigkeit in Europa | | |



Hier geht es mit dem Smartphone direkt zu unserer facebook-Seite.

Zum Scannen eines QR-Codes wird eine Reader-Software benötigt. Reader sind kostenlos. Es gibt sie für alle Smartphones und Betriebssysteme.

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

UN-Behindertenrechtskonvention jetzt umsetzen

Wenn ein Mensch im Rollstuhl sitzt und die U-Bahn nicht benutzen kann, weil er die Treppen nicht hinunter kommt, dann liegt das nicht an seiner Behinderung, sondern daran, dass ihn die Bauweise des U-Bahnhofs behindert. Diese und andere Barrieren grenzen Menschen mit Behinderungen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus.

Eine Behinderung ist nicht immer angeboren. Häufig ist sie Folge eines Unfalls, einer chronischen Krankheit oder des Alters. Die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt das Ziel einer Gesellschaft, die keinen ausschließt – die sogenannte inklusive Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wurde 2009 ratifiziert und muss nun umgesetzt werden. Sie bringt die menschenrechtliche Perspektive in die Behindertenpolitik ein und formuliert politische Ziele sowie Verpflichtungen für den Gesetzgeber und die Zivilgesellschaft, aber auch individuelle Rechte für die Menschen mit Behinderung.

Aktionsplan der Regierung reicht nicht aus

Die SPD-Fraktion hat bereits im Frühjahr 2011 ein Positionspapier zur Umsetzung der UN-BRK gemeinsam mit Betroffenenverbänden und Experten erarbeitet. Der im Juni von der Bundesregierung vorgelegte Nationale Aktionsplan reicht aus Sicht der SPD, aber auch der meisten Betroffenen- und Sozialverbände, nicht aus. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion nun in einem Antrag einen konkreten Maßnahmenkatalog und Inhalte formuliert, die die Bundesregierung in ihrem Nationalen Aktionsplan verankern soll.

Menschen mit Behinderung brauchen mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt

Ein zentrales Ziel ist es, Menschen mit Behinderung aus der Abhängigkeit von Sozialhilfe herauszuholen. Sie sollen möglichst auf dem ersten Arbeitsmarkt ihren Lebensunterhalt verdienen können. Denn ihre Unterstützung durch Arbeitsassistenz und barrierefreie Arbeitsplatzgestaltung ermöglicht auch ihnen eine Teilhabe an qualifizierter Beschäftigung. Die Eingliederungshilfe ist dabei ein zentrales Mittel, um die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung zu bekämpfen.

Leistungen zur sozialen Teilhabe sollen einkommens- und vermögensunabhängig sein, damit der Teilhabebedarf nicht zu Armut führt. Zudem soll die Umsetzung einer Bundesbeteiligung in Form eines Bundesteilhabegeldes geprüft werden, damit eine bundeseinheitliche Grundlage für die Sicherstellung der individuellen Teilhabe gegeben ist.

Von Anfang an gemeinsam lernen

Der Weg in eine inklusive Gesellschaft beginnt früh. Darum sollen Kinder mit und ohne Behinderung dieselben Kindergärten und Schulen besuchen und gemeinsam lernen. Auch der Übergang von der Schule in den Beruf muss den Bedürfnissen von Schülern/innen mit Behinderung gerecht werden. Neben einer frühzeitigen Beratung und Begleitung sollen die Ausbildungsstätten für die Anforderungen an eine inklusive Ausbildung ausgestattet werden. Hochschulen sowie Aus- und Weiterbildung sollen für Menschen mit Behinderung weiter geöffnet und entsprechend gestaltet werden. Außerdem soll eine Anpassung der Lehramtsstudiengänge erfolgen.

Ohne Barrieren in der Mitte der Gesellschaft leben

Damit Menschen mit Behinderung ihr Leben selbstbestimmt führen können, ist eine umfassende Barrierefreiheit eine Grundvoraussetzung. Das betrifft die Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs genauso wie den Bahn-, Luft- und Fußverkehr. Ebenso muss der Wohnraum in den Städten und Gemeinden so beschaffen sein, dass Menschen mit Behinderung mitten in der Gesellschaft leben können. Auch alle öffentlichen Einrichtungen und Dienste wie z. B. Arztpraxen müssen für Menschen mit Behinderung einfach zugänglich sein. Ebenso dürfen Kommunikation und Tourismus keine Barrieren aufweisen. Genauso wichtig für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung sind menschliche oder tierische Assistenz. Eine bedarfsgerechte und flächendeckende gesundheitliche Versorgung, Pflege und Rehabilitation sind weitere wichtige Ziele.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

2011 war ein gutes, ein richtungsweisendes Jahr für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir blicken zurück auf sieben Landtagswahlen, die die SPD wieder in Regierungsverantwortung gebracht haben, fünfmal führen wir die Regierung mit einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten an. Darauf können wir alle stolz sein. Unsere neue Stärke in den Bundesländern eröffnet neue politische Handlungsspielräume im Bund. Diese Bundesregierung kann keine zentralen politischen Entscheidungen mehr gegen die SPD-geführten Länder durchsetzen.

Wir nehmen diese Verantwortung sehr ernst und haben ein klares Ziel vor Augen: Wir wollen ab spätestens 2013 auch im Bund wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Dafür hat unser Bundesparteitag mit wichtigen Beschlüssen in den Bereichen Steuern und Finanzen, Europa, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Rente, Familie und für mehr direkte Demokratie inhaltlich den Weg geebnet. Deutschland braucht in schwierigen Zeiten eine starke, vertrauensbildende Regierung. Wir alle haben auch in diesem Jahr deutlich gesehen, dass diese Bundesregierung davon weit entfernt ist.



2011 war geprägt von der Finanz- und Schuldenkrise in der Europäischen Union. Wir stehen nach wie vor vor gewaltigen Herausforderungen, denn es geht um unsere gemeinsame Währung, unseren Wohlstand und um Jobs in Deutschland. Es ist unerträglich mit ansehen zu müssen, wie diese Bundesregierung Deutschland in Europa isoliert und die Menschen nicht nur in unserem Land mit ihrer unberechenbaren Politik verunsichert. Die Bundeskanzlerin inszeniert sich als Stabilitätshüterin. In Wahrheit war sie es, die durch ihr Zögern und Zaudern Europa immer tiefer in die Krise getrieben hat. Europa braucht jetzt ein klares Signal der gemeinsamen politischen Handlungsfähigkeit. Jetzt ist die Zeit für ein europäisches Modernisierungs- und Investitionsprojekt, das die Weichen Richtung Realwirtschaft stellt und ein neues nachhaltiges Wachstumsmodell ermöglicht. Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, um dieses Programm zu finanzieren. Was wir nicht brauchen sind immer neue Gipfel, die kaum Fortschritte bringen. Auch der letzte EU-Gipfel war ein Fiasko. Die Taktik von Herrn Sarkozy und Frau Merkel ist nicht aufgegangen. Automatische Sanktionen wurden nicht beschlossen. Das ist nicht das Signal, das Europa in der jetzigen Situation dringend gebraucht hätte. Wir werden 2012 konsequent daran arbeiten, unseren Beitrag für eine Stabilisierung der Europäischen Union zu leisten. Denn Europa schaut in diesen Tagen auf uns Sozialdemokraten und hofft inständig, dass Deutschland mehr ist als Angela Merkel.

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Placebo-Mindestlohn der CDU: Warme Worte und kalte Taten

Das lateinische Wort Placebo bedeutet wörtlich übersetzt „ich werde gefallen“ und bezeichnet Scheinarzneimittel, die keinerlei medizinische Wirkung haben. Insofern ist das, was die CDU auf ihrem Leipziger Bundesparteitag im November beschlossen hat mit Placebo-Mindestlohn gut beschrieben: ein Beschluss, der gefallen soll, der aber keine Wirkung hat.

Darin heißt es:

„Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze wird durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und soll sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.“

Placebo-Mindestlohn ist längst geltendes Recht

Auch wenn es auf den ersten Blick so wirkt, als sei die CDU damit auf den Zug des breiten gesellschaftlichen Konsens für einen Mindestlohn aufgesprungen, zeigt sich bei genauerer Betrachtung: mit diesem Kompromiss haben sich die Mindestlohngegner mit Angela Merkel an der Spitze durchgesetzt, während der Arbeitnehmerflügel der CDU eine herbe Niederlage erlitten hat. Es ist ein taktisches Manöver, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich nicht hilft. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, die sich scheinbar für einen Mindestlohn eingesetzt hatte, ist ihrem Motto treu geblieben: Warme

Immer mehr Niedriglöhner

Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor an allen Beschäftigten

In Prozent



Quelle: Sozioökonomisches Panel (SOEP)

Worte und kalte Taten. Denn was die Union als Fortschritt verkauft, ist längst geltendes Recht. Die Möglichkeit, Mindestarbeitsentgelte für Branchen mit schwacher Tarifbindung einzuführen, existiert bereits heute durch das Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiArbG). Es erlaubt die Festsetzung von Mindestarbeitsentgelten, in Bereichen, in denen die an Tarifverträge gebundenen Arbeitgeber weniger als 50 Prozent der unter den Geltungsbereich dieser Tarifverträge fallenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen.

Deutschland braucht einen gesetzlichen Mindestlohn

Auch die Voraussetzungen für branchenspezifische Mindestlöhne sind mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz längst geschaffen. Aber die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass diese gesetzlichen Möglichkeiten nicht ausreichen und die Aufnahme aller Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowie ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn überfällig sind.

Zu den Hintertüren, die die CDU in ihrem Beschluss offen lässt gehört, dass Mindestlöhne nur gelten sollten, wo es keine Tarifverträge gibt. Angela Merkel spricht dabei von „weißen Flecken“. Das Problem sind aber nicht nur weiße Flecken, sondern immer mehr die grauen Flecken mit Tariflöhnen von ein paar Euro pro Stunde. Der Frisörin, die nach Tarif regulär weniger als 4 Euro bekommt, wäre also nicht geholfen.

Das zeigen auch die Erfahrungen mit dem Tarifvorbehalt in der Zeit- und Leiharbeit, also der gesetzlichen Möglichkeit, vom Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durch Tarifvertrag abzuweichen.

Der Kampf gegen Lohndumping ist zu wichtig für taktische und parteipolitische Spielchen. Gute Tariflöhne und als Minimum ein gesetzlicher Mindestlohn – keine Placebos – sind die einzig wirksame Medizin gegen Armutslohne. Deutschland braucht einen echten Mindestlohn, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können. Auch ökonomisch ist ein allgemeiner Mindestlohn für Deutschland überfällig, um für fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen zu sorgen und nicht zuletzt die Binnenachfrage zu stärken. Mit einem Mindestlohn, der diesen Namen verdient, ist bei der jetzigen Koalition jedoch leider nicht zu rechnen. Dazu wird ein Regierungswechsel notwendig sein.

Wahre Worte zu den falschen Behauptungen von Bahr und Merkel

2011 sollte – großspurig von Ex-Gesundheitsminister Rösler (FDP) angekündigt – das „Jahr der Pflege“ werden. Doch passiert ist nicht viel. Sein Nachfolger Bahr hat die Eckpunkte viel zu spät geliefert und ein Gesetzentwurf liegt wohl erst nach Ablauf des „Jahres der Pflege“ vor.

Die SPD will Demenzkranke schon lange in der Pflege besser berücksichtigen

Bahrs Eckpunkte sind nicht mehr als ein Reförmchen. Doch der Gesundheitsminister wird nicht müde so zu tun, als würden damit zum ersten Mal Demenzkranke in der Pflege berücksichtigt. Und auch die Kanzlerin lieferte dieses falsche Argument in der Haushaltsdebatte. Diese vollmundigen und falschen Behauptungen sollen wohl davon ablenken, dass Schwarz-Gelb weder für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen noch für die Pflegekräfte etwas erreicht hat. Im Übrigen war es die SPD, die seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 immer wieder – z. B. im Gesundheitsausschuss – zur Sprache gebracht hat, dass Demenzkranke und ihre speziellen Bedürfnisse in der Pflege berücksichtigt werden müssen.

2008: Ambulante und stationäre Betreuungsleistungen für Demenzkranke ausgebaut

Mit der Pflegereform 2008, die eine 0,25 prozentige Erhöhung der Beitragssätze beinhaltete, hat die SPD-Fraktion in der Großen Koalition vor allem die Leistungen für Demenzkranke deutlich erhöht. Der Betreuungsbetrag stieg von 460 Euro pro Jahr auf 100 Euro monatlich für Menschen mit einem geringeren Betreuungsaufwand an. Das sind 1 200 Euro pro Jahr. Für Menschen mit einem größeren Betreuungsaufwand erhöhte sich der Betrag auf monatlich 200 Euro bzw. jährlich 2 400 Euro. Diese Betreuungsleistungen werden entweder zusätzlich zu den Leistungen der Pflegeversicherung oder nur für die Betreuung bezahlt. Im stationären Bereich wurde die Möglichkeit geschaffen, zusätzliches sozialversicherungspflichtiges Personal als sogenannte Betreuungsassistenten einzustellen, um den erhöhten Betreuungsbedarf von Demenzkranken zu berücksichtigen. Dafür werden pro Jahr 200 Millionen Euro extra aufgewendet. Die von der SPD geschaffenen Betreuungskosten werden allgemein als sinnvoll und erhaltenswert betrachtet, die deutlich ausgebaut werden sollten.

2008: Leistungen für pflegende Angehörige verbessert

Zusätzlich hat die SPD in der Großen Koalition durchgesetzt, dass pflegende Angehörige durch die Erhöhung der Mittel für die Leistungen zur

Tages- und Nachtpflege sowie der Verhinderungspflege (z. B. während eines Urlaubs oder Krankheit der pflegenden Angehörigen) entlastet werden. Des Weiteren werden seit 2008 höhere Fördermittel eingesetzt, um niedrigschwellige Angebote, ehrenamtliche Hilfe und Selbsthilfe auszubauen. Ebenso ist die Einrichtung von Pflegestützpunkten, die Hilfe für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen aus einer Hand bereit stellen, eine Erleichterung für pflegende Angehörige.

Des Weiteren hat die SPD den Anspruch auf unbezahlte, sozialversicherte Freistellung von der Arbeit für bis zu sechs Monate für Angehörige eingeführt. Für die Organisation kurzfristig auftretender Pflege- und Betreuungsfälle wurde ein Anspruch auf eine kurzfristige Freistellung für bis zu zehn Arbeitstage geschaffen. Die Lohnfortzahlung konnte die SPD gegen die Widerstände aus der Union nicht durchsetzen. Insgesamt hat die SPD-Fraktion in der Großen Koalition mit der Pflegereform 2008 die Leistungen der Pflegeversicherung finanziell schrittweise verbessert. Ab 2015 werden sie systematisch an die Preisentwicklung angepasst.

2013: Die Weichen werden mit der Bürgerversicherung richtig gestellt

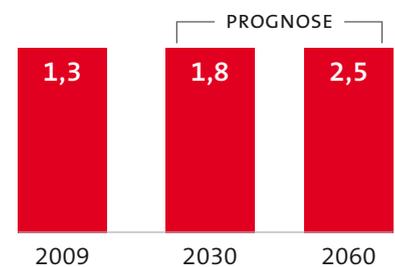
Insgesamt sind 80 Prozent des Bahrschen Pflegereformchens bereits durch die Pflegereform 2008 umgesetzt worden. Union und FDP kommen in der Pflege nicht voran und die von ihnen eingeführte private Pflegezusatzversicherung ist sozial höchst ungerecht. Ab 2013 wird die SPD-Bundestagsfraktion in der Pflege mit der Einführung der Bürgerversicherung die Weichen richtig stellen.

Mehr Informationen gibt es hier: www.spdfraktion.de

Mehr Demenzkranke

Menschen mit Demenzerkrankungen in Deutschland

In Millionen



Quelle: Barmer GEK 2010

SPD ist treibende Kraft bei der Abschaffung des Kooperationsverbots

Eltern wollen es nicht, Schüler/innen und Studierende lehnen es ab und auch die SPD hält es für überflüssig: das Kooperationsverbot! Dass Bund und Länder im Bildungsbereich nicht zusammen arbeiten können, ist absurd und schädlich! Ein leistungsfähiges Bildungssystem kann nur geschaffen werden, wenn Bund und Länder ihre Kräfte bündeln und gemeinsam in bessere Bildung investieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im Mai einen Antrag zur Aufhebung des Kooperationsverbots in den Bundestag eingebracht. Jetzt folgte der nächste Schritt: Auf ihrem Bundesparteitag Anfang Dezember sprach sich die SPD für ein Ende des Kooperationsverbots aus, der Kompromiss zwischen Bund und Ländern ist gelungen.

Die Sozialdemokraten/innen schlagen einen neuen Grundgesetzartikel 104c vor, mit dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung möglich werden. „Bildung braucht Planungssicherheit. Unser Vor-

schlag ermöglicht dauerhafte Finanzierung. Damit kämen wir endlich weg von der ineffizienten Projektitis“, erläutert die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler. Der Vorschlag umfasst alle Bildungsbereiche: Der Bund könnte in Schulen und Hochschulen investieren.

Damit wird die SPD zum Schrittmacher für eine bessere Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern. CDU und FDP hatten eine Aufhebung des Kooperationsverbots zwar ihrerseits vollmundig angekündigt, waren auf ihren jeweiligen Parteitagen aber weit dahinter zurückgeblieben.

Ernst-Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hält die Zeit für eine neue Föderalismuskommission für gekommen: „Alle Parteien sind positioniert. Jetzt müssen wir ausloten, ob wir einen gemeinsamen Weg für eine bessere Bildungsfinanzierung durch Bund und Länder finden.“

Kampf gegen Rechtsextremismus im Sportbereich

Seit fast dreißig Jahren wird beobachtet, dass Rechtsextremisten gezielt versuchen, das Stadion als Propagandabühne zu missbrauchen und über Sportvereine Nachwuchs für ihre Szene zu ködern. Diesen Tendenzen müssen die Politik und der organisierte Sport gemeinsam und entschlossen entgegenwirken. Es gilt, Sportlerinnen und Sportler, Fans und Funktionäre gleichermaßen für das Thema zu sensibilisieren, Aufklärungsarbeit zu leisten und bestehende Probleme öffentlich zu machen.

In der letzten Wahlperiode hat die SPD-Fraktion das Thema erfolgreich auf die Tagesordnung des Sportausschusses gesetzt. Insofern ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung das Thema für sich entdeckt hat. Allerdings ist zu befürchten, dass Schwarz-Gelb es bei Absichtsbekundungen belässt. Auch wenn rechtsextreme Parolen aus den Stadien der oberen Ligen weitgehend verschwunden sind, bleibt die menschenverachtende Ideologie in den Köpfen gefährlich. Gerade kleinere Vereine tun sich schwer, die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für zusätzliche Präventionsarbeit aufzubringen.

Im Fußballumfeld hat sich Fanarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus bewährt. Die Koordinierungsstelle Fanprojekte hat hier in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet.

Mit unserem Antrag „Rechtsextremistische Einstellungen im Sport konsequent bekämpfen - Toleranz und Demokratie nachhaltig fördern“ nehmen wir die Bundesregierung in die Pflicht, das Problemfeld Sport und Rechtsextremismus aufzuarbeiten, bestehende Präventionskonzepte schnell und konsequent umzusetzen und dem Sport auf allen Ebenen die notwendige Unterstützung im Kampf gegen menschenfeindliche Ideologien zu sichern.

Rechtsextremismus engagiert bekämpfen

Die von der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ verübten Morde zählen zu den schwersten und abscheulichsten Verbrechen, die die Bundesrepublik erlebt hat. Ihre lückenlose strafrechtliche Aufklärung ist die erste Pflicht und ein wichtiges Zeichen für die Angehörigen der Opfer sowie für unsere Gesellschaft als Ganzes. Die Terrorakte sind ein Angriff auf unser Gemeinwesen und unsere Demokratie.

Der rechtsextremistische Terror ist ein Weckruf: Es muss Schluss sein mit der Verharmlosung der rechtsextremistischen Gefahr. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte sein. Die menschenverachtende Ideologie und die rassistische Einstellung der rechtsextremen Kameradschaften müssen sowohl mit polizeilichen Mitteln als auch gesellschaftspolitisch engagiert bekämpft werden. Das ist eine Daueraufgabe. Wie in kaum einem anderen Bereich geht es vor allem um Prävention. Das kann der Staat nicht alleine. Er ist auf zivilgesellschaftliche Organisationen und auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Gemeinsam müssen wir dem Hass der Rechtsextremen jeden Tag aufs Neue den Mut und die Kraft der Demokraten entgegensetzen.

Rechtsextremismus in Deutschland

Die wichtigsten Fakten:

- Die Zahl der Neonazis ist in den letzten zehn Jahren gestiegen. Zwischen 2001 und 2010 hat sie sich von 2 800 auf rund 5 600 verdoppelt.
- Die in Parteien organisierte extreme Rechte findet immer wieder Zuspruch bei Wahlen – vor allem auf lokaler, aber auch auf Landesebene. Die NPD als mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei ist in Mecklenburg-Vorpommern (5 Sitze) und Sachsen (8 Sitze) in den Landtagen vertreten. Zudem hat sie bundesweit rund 330 Kommunalmandate.
- Jenseits von Parteistrukturen hat sich ein heterogenes Netzwerk rechtsextremer Gruppierungen und Kameradschaften gebildet, das sich staatlicher Kontrolle zunehmend entzieht.
- Die Zahl der rechtsradikal geprägten Jugendlichen ohne konkrete Gruppenzugehörigkeit nimmt zu.
- Das Potenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten wird vom Verfassungsschutz auf rund 9 500 Personen (2010) geschätzt.

- Die Zahl der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten ist in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts nach einem vorübergehenden Rückgang wieder gestiegen. Im Jahr 2010 erfasste das Bundeskriminalamt 15 905 rechtsextremistische Straftaten, darunter 762 Gewalttaten.

- Nach Recherchen der „Zeit“ und des „Tagesspiegel“ starben zwischen 1990 und 2009 insgesamt mindestens 137 Menschen durch rechte Gewalt – etwa dreimal so viele, wie die offiziellen Statistiken ausweisen.

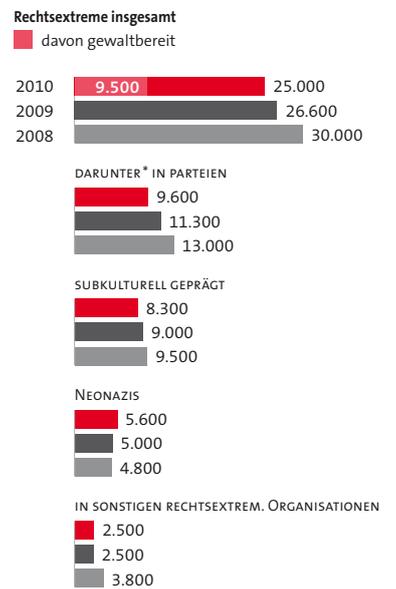
- Rechtsextreme bzw. rassistische Einstellungsmuster in der Bevölkerung sind erschreckend weit verbreitet und umfassen sämtliche Bevölkerungsgruppen. Mehr als jeder dritte Deutsche findet, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ ist. Ein Viertel stimmt der Aussage zu, Deutschland brauche eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Etwa 8,2 Prozent der Bevölkerung haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.

Die rechte Gefahr wurde unterschätzt und bagatellisiert

Dass rechtsextreme Gewalt eine akute Gefahr ist und rechtes Gedankengut sich in der Gesellschaft ausbreitet, ist nicht zu übersehen. Trotzdem wurden Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland über viele Jahre systematisch unterschätzt, wenn nicht gar verharmlost und bagatellisiert. Teile der Sicherheitsbehörden und manche konservative Politiker sehen auf dem rechten Auge schlechter.

Weniger Rechtsextreme, aber mehr Neonazis

Rechtsextremisten in Deutschland nach Verfassungsschutz



zum Teil geschätzt und gerundet
* mit Mehrfachmitgliedschaften

Quelle: Verfassungsschutzbericht

Kein weiter so – mehr Engagement gegen rechts!

Die rechtsextremistische Terrorserie ist ein unmissverständlicher Weckruf: Die Gefahr des Rechtsextremismus muss ernst genommen werden. Drei Aufgaben stehen an:

1. Wir müssen den Angehörigen der Opfer Solidarität erweisen.

Die Morde gehören zu den abscheulichsten Verbrechen, die wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Es ist beschämend, dass der Staat nicht in der Lage war, den Ermordeten vor diesen Terroristen Schutz zu bieten. Es bedarf einer Geste des Staates, die deutlich macht, dass wir alle die Trauer der Verwandten und Hinterbliebenen teilen und sie nicht alleine sind.

2. Wir müssen die Verbrechen lückenlos aufklären.

Die Morde müssen lückenlos aufgeklärt und die Täter und Helfer bestraft werden. Die Rolle deutscher Sicherheitsbehörden muss schonungslos offengelegt werden. Wir müssen uns fragen, was bei der Aufklärung schief gegangen ist. Das Vertrauen in den Rechtsstaat steht auf dem Spiel. Eine öffentlich sichtbare Aufarbeitung der Mordserie ist daher angezeigt.

3. Rechtsextremismus bekämpfen und vorbeugen

Wir müssen dem Hass der Rechtsextremen den Mut und die Kraft der Demokraten in diesem Land entgegensetzen. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit müssen präventiv und nachhaltig bekämpft werden.

- Der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden müssen verbessert werden. Die Arbeit von Nachrichtendiensten und Verfassungsschutz muss auf den Prüfstand. Eine zentrale Datei für Rechtsextremisten und ein „Abwehrzentrum Rechts“ sind Schritte in die richtige Richtung.
- Das Verbot der NPD muss kommen – völlig unabhängig von der Mordserie. Denn die NPD ist eine verfassungsfeindliche, antidemokratische, in Teilen gewaltbereite Partei. Sie ist rassistisch und antisemitisch. Und sie bietet Rechtsextremisten ein geistig-ideologisches Umfeld. Auch wenn ein NPD-Verbot allein nicht alle Probleme des Rechtsextremismus in Deutschland löst, wäre es doch ein klares Signal der Ächtung menschenverachtender Gesinnung durch den demokratischen Staat.
- Der Einsatz von V-Leuten muss neu bewertet werden. V-Leute können wichtig sein, um Gefahren frühzeitig zu erkennen. Aber es gibt deutliche Hinweise darauf, dass der Einsatz von V-Leuten teilweise nicht zu mehr Sicherheit geführt hat, sondern die Vielzahl an V-Leuten in der rechtsextremen Szene sogar das Gegenteil bewirken kann.

Die Stärkung der Demokratie und der engagierten Demokratinnen und Demokraten sind der beste Verfassungsschutz. Um rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft zu bekämpfen, wollen wir die 2001 von der SPD begründeten Programme gegen Rechtsextremismus dauerhaft und verlässlich unterstützen.

- Die Finanzierung der Programme gegen Rechtsextremismus muss kurzfristig aufgestockt und dauerhaft gesichert werden. Denkbar wären etwa ein Stiftungsmodell sowie ein neuer Topf, aus dem neue Programme finanziert werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Aufstockung der Mittel für die Bundeszentrale für Politische Bildung ein.
- Nicht zuletzt ist es eine zentrale Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und allen jungen Menschen gute Zukunftschancen zu geben. Die Finanzierung der Kommunen muss gestärkt werden, damit Kultur, Sport, Jugendarbeit und Sozialarbeit wieder ausgebaut werden können.

Staat und Gesellschaft müssen ein klares Zeichen setzen: Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in einem demokratischen Deutschland keinen Platz. Nie wieder rechter Terror in Deutschland!

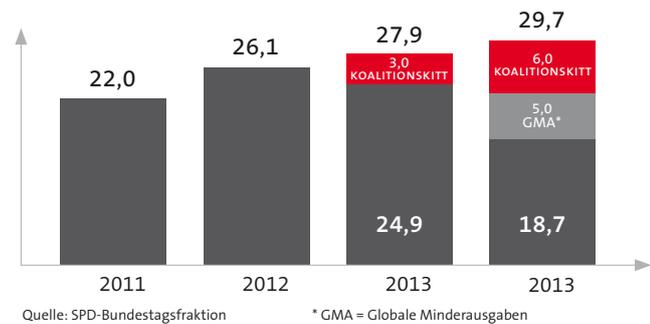
Bundesregierung verspielt Deutschlands Glaubwürdigkeit in Europa

Der Bundeshaushalt 2012 zeigt einmal mehr die Verantwortungslosigkeit von Schwarz-Gelb unter Bundeskanzlerin Merkel. Diese Bundesregierung und die Koalition haben keinen Mut, kein Ziel und keinen klaren Kurs in der Haushalts- und Finanzpolitik.

Die Neuverschuldung steigt. Muss Deutschland 2011 wohl unter 20 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen, plant Schwarz-Gelb 26,1 Milliarden Euro Neuverschuldung im nächsten Jahr, um die Ausgaben von insgesamt ca. 306 Milliarden Euro zu finanzieren. Hinzu kommen ca. fünf Milliarden Euro aus Privatisierungserlösen. Durch die ab 2013 geplante unsinnige Steuersenkung und die „Fernhalteprämie“ (Betreuungsgeld) steigt die Neuverschuldung sogar noch weiter an.

Neue Schulden

In Milliarden Euro



Schwarz-Gelb spart nur bei den sozial Schwachen

Die durch die gute Konjunktur bedingten Mehreinnahmen an Steuern und Minderausgaben am Arbeitsmarkt werden verfrühstückt. Bereits im Juni 2011 verbesserten sich die Steuereinnahmen und verringerten sich die Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik gegenüber dem alten Finanzplan um 19,3 Milliarden Euro. Ohne jedes Zutun hätte die Neuverschuldung für 2012 auf unter 22 Milliarden Euro sinken können. Doch das schwarz-gelbe Sparprogramm vom Juni 2010 wurde nur zur Hälfte umgesetzt. Bei den Alleinerziehenden und Arbeitsuchenden wurde gespart, der Verteidigungsetat aber, der knapp acht Milliarden Euro Einsparungen hätte beisteuern sollen, erhält jetzt in etwa eine halbe Milliarde mehr. So wie fast alle anderen Ressorts auch mehr erhalten.

Schäuble und Merkel bauen mit mehr Schulden Wahlkampfreserve auf

Frau Merkel verspielt Deutschlands Glaubwürdigkeit in Europa. Sie fordert eine Schuldenbremse in den Verfassungen aller Mitgliedstaaten des Euro-Raums, hält die Regel des deutschen Grundgesetzes aber nicht ein. Der Sachverständigenrat, die Bundesbank und der Bundesrechnungshof sind sich einig: Der Ausgangspunkt für den Abbau der Neuverschuldung hätte Ende 2010 wesentlich tiefer angesetzt werden müssen, und zwar am tatsächlichen strukturellen Defizit – nicht am geplanten. Schäuble und Merkel ignorieren den Sachverstand und tricksen, um so eine stille Wahlkampfreserve aufzubauen, deren Zinsen unsere Kinder bezahlen müssen.

Im Bundeshaushaltsgesetz 2012 wird eine pauschale Stelleneinsparquote von 1,5 Prozent ausgebracht. Zugleich haben sich Bundesregierung und Koalition in ihren Ministerien knapp 475 neue Stellen bewilligt, allein 62 im Bundesfinanzministerium und 36 im Auswärtigen Amt. Die neuen hochrangigen Beamten sollen Grundsatzangelegenheiten wahrnehmen. Dieser Selbstbedienungsladen ist ohne Beispiel – war es doch die FDP, die in ihrem Sparbuch stets Personal kürzen wollte. Haushalts- und finanzpolitische Solidität ist bei dieser Koalition nicht mehr zu finden.

SPD legt eigenes Konzept vor

Das SPD-Finanzierungskonzept, das wir bereits in die Haushaltsberatungen eingebracht hatten, hat der Parteitag nun einstimmig beschlossen. Für neue Chancen für Wohlstand, Wachstum und Gerechtigkeit in Deutschland: „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an morgen.“ Konsolidierungspolitik ist nur erfolgreich, wenn sie Einnahmeverbesserungen, Ausgabenkürzungen und ein solides Wirtschaftswachstum verbindet. Das Konzept umfasst für die kommenden fünf Jahre den wirtschafts- und sozialverträglichen Abbau von umweltschädlichen und allgemeinen Subventionen, die Modernisierung der Verwaltung, die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde sowie eine moderate Erhöhung der Steuerbelastung für sehr hohe Einkommen und Vermögen. Aufsteigend ab dem Jahr 2012 werden 2 Milliarden Euro jährlich zusätzlich in Bildung investiert, 300 Millionen Euro jährlich extra zum Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung hin zu einer Bürgerversicherung und 3 Milliarden Euro pro Jahr ab 2012 für weitere Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur und Forschung. Die aktive Arbeitsförderung wird ebenfalls um 1,5 Milliarden Euro erhöht.

EU-Gipfel war ein Signal für die Spaltung Europas

Der EU-Gipfel vom 8. und 9. Dezember 2011 war die Krönung! Zumindest wenn es nach Bundeskanzlerin Merkel geht. Die jüngste Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs dürfte tatsächlich in die Geschichte der Gipfeldiplomatie eingehen. Ob der Europäische Rat jedoch endlich einen nachhaltigen Beitrag zur Lösung der Krise geleistet hat, muss bezweifelt werden. Aber von ihm geht ein Signal der tiefen Spaltung aus, nicht zuletzt, weil Großbritannien nicht bereit war, Änderungen an den Verträgen mitzutragen.

Wirksame Antworten zur Krisenbewältigung gab es wieder einmal nicht. Stattdessen verlassen sich die Staats- und Regierungschefs weiter auf die Europäische Zentralbank (EZB), die massenhaft Staatsanleihen notleidender Länder aufkauft. Faktisch liegt hier bereits Gemeinschaftshaftung vor: Merkel-Bonds! Und weil sich Frankreich und Deutschland da nicht einig sind, betont Staatspräsident Sarkozy die Unabhängigkeit der EZB, während sich Bundeskanzlerin Merkel zu den Aufkaufaktionen in Schweigen hüllt.

Klares Bekenntnis zur dauerhaften Währungsunion fehlt

Zwar konnten sich die Staats- und Regierungschefs durchringen, den dauerhaften Rettungsschirm (ESM) vorzuziehen – das hatte die SPD-Bundestagsfraktion schon lange gefordert – jedoch bedarf es auch eines politischen Signals, dass die Währungsunion dauerhaft Bestand hat.

Das hätten die Staats- und Regierungschefs mit einem klaren Bekenntnis zur Stärkung und Fortentwicklung der Rettungsschirme geben können. Die Spekulationen über ausreichende Mittel der Rettungsschirme konnten jedenfalls nicht beendet werden. Eine Ausstattung des ESM mit bankähnlicher Funktion sollte nicht ausgeschlossen werden.

Spardiktat allein bringt keine Haushaltskonsolidierung

Weiterhin brauchen wir eine Perspektive des ESM hin zu einem Europäischen Währungsfonds. Dieser könnte als europäische Institution Kredite ausreichen oder absichern, aber auch die vereinbarten Regeln überwachen. Die akute Refinanzierungskrise einiger Länder bleibt ungelöst. Der alleinige Fokus auf Budgetdisziplin und massiven Schuldenabbau ohne Rücksicht auf Verluste verspricht keinen Ausweg. Ohne wirtschaftliches Wachstum wird den notleidenden Ländern keine Konsolidierung der Haushalte gelingen. Ohne Perspektive auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung wird das Vertrauen der Investoren kaum zurück zu gewinnen sein.

Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy feiern ihr Spardiktat auf europäischer Ebene. Sie haben sich durchgesetzt mit ihren Forderungen nach einer Schuldenbremse in den Verfassungen der Mitgliedstaaten. Überwachen soll das der Europäische Gerichtshof. Und plötzlich taucht nun auch wieder die Forderung nach automatischen Sanktionen für die so genannten Defizitsünder auf, der sich Merkel und Sarkozy lange verweigerten.

Parlamentsbeteiligung stärken

Die Briten sind nicht mit im Boot. Deshalb soll zur Umsetzung dieser Maßnahmen jetzt nicht das europäische Gemeinschaftsrecht geändert, sondern ein gesonderter völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Wenn die Beschlüsse tatsächlich Wirkung zeigten, könnte man darüber für einen gewissen Zeitraum hinweg sehen. Jedoch muss deren Wirksamkeit angezweifelt werden, weil sie sich auf notwendige, aber nicht ausreichende Haushaltsdisziplin konzentrieren. Zudem dürfte sich das Vorgehen in die von Frau Merkel immer stärker betriebene Intergouvernementalisierung (Einigungen zwischen den einzelnen Regierungen) der Europapolitik einreihen. Es ist nicht hinnehmbar, dass lediglich im Kreise der Regierungschefs unter Ausschluss der Parlamente über weitgehende Maßnahmen zur Konsolidierung entschieden wird! Die Gemeinschaftsinstitutionen, insbesondere das Europäische Parlament bleiben auf der Strecke. Um verloren gegangenes Vertrauen wieder zu erlangen, müssen wir mehr Demokratie wagen. Der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament dürfen nicht zu Abnickern verkommen. Auch und gerade das sind wir der europäischen Idee schuldig!

Schwarz-Gelb verbessert Gesundheitsversorgung für Patienten nicht

Wer auf dem Land lebt und einen Arzt aufsuchen will, der muss lange auf einen Termin warten, lange Anfahrtswege in Kauf nehmen und im Wartezimmer nochmal lange sitzen. In den Städten ist die Situation zwar besser. Doch hier herrscht ein Überangebot an Arztpraxen in einkommensstarken Stadtteilen, derweil sich in sozial schwächeren Gegenden weniger Ärzte niederlassen. Vor allem aber müssen sich Kassenpatientinnen und -patienten hinten anstellen, wenn es um eine zeitnahe Terminvergabe geht, und das gilt für Stadt und Land.

FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr behauptet, mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz die Situation zu verbessern. Doch für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Es handelt sich hierbei um ein Ärzteversorgungsgesetz, das hauptsächlich die kassenärztlichen Vereinigungen stärkt. Am 1. Dezember 2011 hat der Bundestag in 2./3. Lesung das GKV-Versorgungsstrukturgesetz beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Entschließungsantrag mit Kritikpunkten und Verbesserungsvorschlägen eingebracht.

Schwarz-Gelb verstärkt Hausärztemangel

Aus sozialdemokratischer Sicht wird das Gesetz die medizinische Versorgung für die Patientinnen und Patienten nicht verbessern. Anstatt die Lotsenfunktion der Hausärzte als ersten Ansprechpartner für Patientinnen und Patienten zu stärken, verschlechtert Schwarz-Gelb die Bedingungen für die sogenannte hausarztzentrierte Versorgung. Dadurch wird der Mangel an Hausärzten weiter zunehmen.

Die Patientenperspektive gehört in den Mittelpunkt

Zudem orientiert sich der Gesetzentwurf an den Belangen der Ärzteschaft und nicht an der Perspektive der Patientinnen und Patienten. Im Fokus steht die ärztliche Versorgung. Dabei wird ausgeblendet, dass auch nicht-ärztliche Berufsgruppen im Gesundheitsbereich, wie z. B. Krankenschwestern, Aufgaben übernehmen können, um die Versorgung zu verbessern. Deshalb fordert die SPD-Fraktion, dass alle Maßnahmen sich daran ausrichten müssen, die Menschen vor Ort umfassend und in guter Qualität medizinisch und pflegerisch zu versorgen. Dazu soll eine sektorübergreifende Bedarfsplanung, die z. B. Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte umfasst, unter Einbeziehung der Länder erfolgen.

Ärztliche Überversorgung wirksam abbauen

Schwarz-Gelb sieht keine Maßnahmen vor, um ärztliche Überversorgung in den jeweiligen Regionen abzubauen. Dadurch gelingt es andernorts auch nicht, die Unterversorgung zu bekämpfen. Deshalb schlägt die SPD vor, dass die kassenärztlichen Vereinigungen verpflichtet werden, in überversorgten Gebieten frei werdende Arztsitze aufzukaufen und die Arztpraxen so zu schließen. Wer in der Stadt keine Praxis mehr eröffnen kann, orientiert sich eher in Richtung Land. Zudem soll die Bundesregierung die von ihr eingeführten Hürden bei den Verträgen zur hausarztzentrierten Versorgung zurücknehmen.

Zusatzbeiträge abschaffen, Bürgerversicherung einführen

Vorgesehene Regelungen im schwarz-gelben Gesetzentwurf, die mit Mehrkosten verbunden sind, sollen seriös kalkuliert werden. Nur so wird allen Beteiligten klar, mit welchen Belastungen künftig zu rechnen ist. Sie über die Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenversicherung bei den Versicherten abzuladen ist sozial ungerecht. Zudem dürfen Kostensteigerungen nicht die Zahlungen des Bundes für den sogenannten Sozialausgleich schmälern. Damit brechen Union und FDP ihre Zusage, der Sozialausgleich werde aus Steuermitteln finanziert. Die SPD-Fraktion fordert die Abschaffung der Zusatzbeiträge. Stattdessen wollen wir zur paritätischen Beitragszahlungen zurückkehren. Mit der Einführung der solidarischen Bürgerversicherung wird die Krankenversicherung solide und sozial gerecht finanziert. Ein bürokratischer Pseudosozialausgleich wird dann nicht mehr gebraucht.

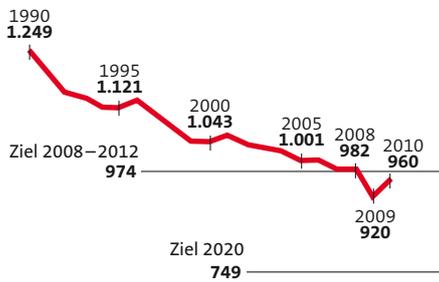
Was bringen die Vereinbarungen von Durban?

Der Beschluss der 17. UN-Klimakonferenz in Durban ist bei weitem nicht ausreichend. Es ist ein Schritt, aber in der Substanz viel zu wenig. Es ist auch nach Durban vollkommen unklar ob es ein wirklich rechtsverbindliches Abkommen geben wird.

Klimawandel

Deutscher Treibhausgas-Ausstoß wieder gestiegen

Emissionen der im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgase in Deutschland in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten*



* Umrechnung anderer Treibhausgase in CO₂ entsprechend ihrer Wirkung, ohne CO₂ aus LULUCF (Maßnahmen im Bereich Landnutzungen und Forstwirtschaft)

Quelle: Umweltbundesamt

Durchbruch bei Einigung auf Klimavertrag für 2020

Die Staatengemeinschaft hat mit der Verabschiedung der „Durban platform“ ein Tor geöffnet, den Kampf gegen den Klimawandel mit großer Verspätung dennoch aufzunehmen. Ob es sich um einen „historischen Meilenstein“ handelt, wird sich zeigen. Bis 2020 soll ein verbindliches Vertragswerk entstehen, dass nicht nur die Industrieländer, sondern auch

die schon weit entwickelten Schwellenländer zur CO₂-Minderung verpflichtet. Die USA, China und Indien sollen also dabei sein. Soviel wissen wir: Bis 2015 soll das neue Abkommen ausverhandelt sein und nach der Ratifikation durch die Mitgliedstaaten bis 2020 in Kraft treten. Mit der Einigung soll auch das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verlängert werden, um die Zeit bis zu dem neuen Vertrag zu überbrücken. Zum Kyoto-Prozess bekennen sich aber nur noch Staaten, die 15 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verursachen.

Die Zeitschiene ist zu lang

Der Weltklimarat IPCC und selbst die Internationale Energie-Agentur haben klargestellt, dass die globalen Emissionen schon vor 2020 sinken müssen und bis dahin alle wichtigen Entscheidungen über die Energieversorgung gefallen sein werden. Um eine Erderwärmung von 2 Grad Celsius noch einzuhalten, muss sofort gehandelt werden. Wenn dies nicht geschieht, laufen wir auf eine Erwärmung von 3,5 – 4 Grad zu und es wird immer teurer werden, den Klimawandel aufzuhalten und die Anpassung daran wird immer schwieriger. Hierin zeigt sich das Versagen der Industrieländer, von denen insbesondere die Blockierer offensichtlich ausblenden, dass es 2020 für etliche der

ärmsten Entwicklungsländer, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, zu spät sein wird.

Neue Allianzen erzeugen neue Dynamik

Auf der Konferenz ist trotz der unsicheren Einschätzung für die zukünftige Vertragslage eine neue Weltlage sichtbar geworden. Die Dynamik, mit der sich einzelne Länder der Herausforderung des Klimawandels stellen, hat zugenommen. Neue Bündnisse sind sichtbar geworden. China spürt den Druck einer gewachsenen Verantwortung gerecht zu werden und hat eine Richtungsänderung signalisiert. Die USA wollen nicht völlig isoliert werden. Bleibt zu hoffen, dass die innerstaatlichen Bemühungen im Klimaschutz und für eine Energiewende weiter wachsen und ihre Wirkung tun. Nun müssen noch konsequenter als zuvor Allianzen geschmiedet werden. Das betrifft bspw. den Ausbau der Kooperation zwischen Europa und China ebenso wie eine EU-Initiative für Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, in der jedes EU-Land und weitere europäische Staaten gemeinsam mit einer gleichen Anzahl von Ländern in der Welt eine enge Kooperation eingehen. Ein solches Bündnis der 64 (32plus32) könnte enorme Impulse setzen.

Europa muss weiterhin Vorreiter sein

Die Allianz Europas mit den am wenigsten entwickelten Ländern hat sich bewährt, weil so der strategische Druck insbesondere auf China und Indien, die sich ja noch Entwicklungsländer nennen, gewachsen ist. Damit wurde wieder eine sichtbar antreibende Rolle eingenommen. In diese mutige Strategie eingebettet war ausdrücklich auch Deutschland. Europäische Integration wird auch im internationalen Klimaprozess notwendiger denn je, wenn Europa selbstbewusst die eigenen Positionen vertreten will. Auch wenn der UN-Prozess notwendig ist, um irgendwann einen Weltklimavertrag zum Abschluss zu bringen, darf Europa nicht darauf warten. Vielmehr muss nun eine anspruchsvolle Energieeffizienzrichtlinie beschlossen werden und eine schnelle Umstellung des europäischen Klimaschutzziels auf eine bedingungslose 30-Prozent-Reduktion erfolgen. Und in Deutschland muss eine konsequente verbindliche Klimaschutzpolitik mit einem Klimaschutzgesetz umgesetzt werden. Dazu ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm notwendig, das richtige Akzente sowohl für die europäische Finanzkrise als auch die Klimakrise setzt.

Bundeswehrrückzug aus Afghanistan kann endlich beginnen

Ende Januar 2012 wird der Bundestag über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan abstimmen. Der Antrag der Bundesregierung sieht eine Reduzierung des Bundeswehrkontingents von jetzt 5 350 Soldaten auf 4 900 in einem ersten Schritt und auf 4 400 im Verlauf des Jahres 2012 vor. Das entspricht einer fast 18-prozentigen Reduzierung gegenüber der bislang gültigen Obergrenze.

Die Bundesregierung setzt damit unsere Forderung nach einem schrittweisen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan um. Bereits vor zwei Jahren hatte die SPD einen verbindlichen Fahrplan für den Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan gefordert. Damals ernteten wir für diese Forderung Kritik von fast allen Seiten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung diffamierte unsere Vorschläge nach einem zeitlichen Abzugskorridor zunächst als „gefährlich“ und „unrealistisch“. Inzwischen ist sie längst auf unseren Kurs eingeschwenkt.

Und nicht nur das: Auch die internationale Gemeinschaft hat sich darauf verständigt, dass der bisherige militärische Auftrag in Afghanistan 2014 endet. Das gilt natürlich nicht für das gesamte internationale Engagement in dem Land. Auch über 2014 hinaus werden Deutschland und seine Partner weiter in Afghanistan engagiert bleiben: Wirtschaftlich, politisch und bei der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Diese Zusage wurde gerade erst wieder auf der Bonner Afghanistan-Konferenz am 5. Dezember 2011 bekräftigt.

Diese feste Zusage ist auch deshalb wichtig, um den Menschen in Afghanistan zu zeigen, dass wir sie nicht im Stich lassen. Es darf sich nicht wiederholen, was sich in den neunziger Jahren nach dem Abzug der Sowjets ereignete: dass Afghanistan in einem blutigen Bürgerkrieg versinkt und am Ende wieder eine Gefahr für die Weltgemeinschaft darstellt, wie dies zu Beginn des Jahrtausends der Fall war.

Der Transitionsprozess, d.h. die Übergabe der Verantwortung an afghanische Institutionen, hat im Juli 2011 erfolgreich begonnen und muss im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Eine dauerhafte Stabilisierung Afghanistans erfordert einen politischen Friedensprozess, der alle afghanischen Gruppen einbezieht. Dies schließt die Taliban mit ein. Dabei müssen jedoch bestimmte Prinzipien beachtet werden: Dazu gehören unter anderem Gewaltverzicht, der Bruch mit dem internationalen Terrorismus und der Respekt für die afghanische Verfassung einschließlich der darin verankerten Menschen- und Frauenrechte.

Licht und Schatten

Während sich die Sicherheitslage in Afghanistan im zurückliegenden Jahr leicht verbessert hat, bleibt im Hinblick auf Regierungsführung und Demokratie noch viel zu tun. Nach wie vor spielen Eignung, Befähigung und Leistung bei der Besetzung von Posten eine untergeordnete Rolle. Die Korruption hat nach wie vor weite Teile des Landes fest im Griff. Gelingt es nicht, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren, drohen Frustration und Enttäuschung in der Bevölkerung anzuwachsen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion begleitet seit vielen Jahren eine eigens eingerichtete Task Force die Entwicklung in Afghanistan und die Politik der Bundesregierung. Sie wird diese Arbeit auch in den kommenden Monaten fortsetzen und genauestens darauf achten, ob die gemachten Zusagen der Bundesregierung eingehalten werden.

Ein wichtiger Faktor im Zusammenhang mit der Stabilisierung Afghanistans wird die wirtschaftliche und soziale Transformation sein. Der Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur für Transport, Energie, Trinkwasser und Bewässerung eröffnet langfristige Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese positive Entwicklung trägt mittel- und langfristig zu Sicherheit und Stabilität im Land bei. Allerdings muss man sich von der Illusion schnell sichtbarer Erfolge verabschieden. Gefordert sind Geduld und langer Atem und vor allem die Bereitschaft, Afghanistan weit über 2014 hinaus unter die Arme zu greifen.

Unsere Bewertung der Ereignisse in Kunduz im September 2009

Am 1. Dezember wurde im Plenum über den Abschlussbericht des Kunduz-Untersuchungsausschusses debattiert. Mehr als 83 zivile Opfer sind in der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 durch einen von der Bundeswehr ausgelösten Luftschlag ums Leben gekommen. Der Ausschuss war notwendig geworden, weil die Bundesregierung der Forderung der Bundeskanzlerin nach „lückenloser Aufklärung“ nicht nachgekommen war. Er führte letztlich zum Rücktritt eines Ministers.

Nach Anhörung von 41 Zeugen in mehr als 145 Vernehmungsstunden sind der Luftangriff von Kunduz und die Fehler und Versäumnisse der Bundesregierung im Umgang mit diesem folgenschwersten militärischen Einsatz in der Geschichte der Bundeswehr weitgehend aufgeklärt.

Legende vom defensiven Luftschlag ist vom Tisch

Nach der Beweisaufnahme des Ausschusses ist davon auszugehen, dass ein ziviler Lastwagenfahrer, mindestens 22 Kinder unter 15 Jahren und mindestens 60 weitere Zivilisten aus umliegenden Dörfern durch den Luftangriff getötet worden sind. Die Legende eines defensiven Luftschlags, der nur dazu gedient habe, einen unmittelbar drohenden Angriff mit zwei Tanklastern als „rollende Bomben“ auf das Bundeswehrlager in Kunduz zu rechtfertigen, ist damit vom Tisch. Die Bundesregierung muss vielmehr die Frage beantworten, ob der von ihr immer wieder betonte Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel bei militärischer Gewaltanwendung noch Geltung hat, oder ob sie sich vom Verbot gezielter Tötungen entfernt hat.

Verstöße gegen Einsatzregeln

Die Beweisaufnahme hat eine Vielzahl von Verstößen gegen die ISAF-Einsatzregeln und gegen nationale Vorgaben im Zusammenhang mit dem konkreten Waffeneinsatz sowie bei der völkerrechtlichen Bewertung von Konflikten im Einsatz

erkennbar werden lassen. Vor allem erwies sie erhebliche Verfahrensfehler beim Waffeneinsatz. Es wurde gegen eine Vielzahl von NATO Einsatzregeln verstoßen, die gerade deshalb existieren, damit zivile Opfer möglichst vermieden werden. Diese Verstöße wurden auch von Seiten der Mehrheit nicht bestritten, zumal sie durch die NATO eindeutig festgestellt wurden. Die offensichtlich mangelhafte Ausbildung der beteiligten Soldaten hinsichtlich der korrekten Anwendung der NATO-Einsatzregeln und der nationalen Einsatzvorgaben sowie die Defizite im Verständnis der völkerrechtlichen Rahmenbedingungen sind politisch vom damaligen Bundesminister der Verteidigung Dr. Jung (CDU) zu verantworten.

Bundesregierung hat vernebelt anstatt aufzuklären

Weiterhin sind der Bundesregierung gravierende politische Fehleinschätzungen vorzuwerfen. Diese Fehler haben dazu geführt, dass die Vorgänge aus falsch verstandener Loyalität heraus eher vernebelt als aufgeklärt wurden. Sowohl gegenüber dem Parlament als auch gegenüber der Öffentlichkeit wurde mit unvollständigen und teilweise sogar falschen Angaben operiert.

Zudem wurden gravierende Mängel in der Koordination und in den Kommunikationswegen beim Krisenmanagement der Bundesregierung deutlich. Die konsequente und für die beteiligten Soldaten an einigen Stellen schmerzliche Aufarbeitung des Vorgangs von Kunduz in der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 zielte keineswegs darauf ab, die beteiligten Soldaten nachträglich bloßzustellen, anzuprangern oder öffentlich zu verurteilen, sondern es ging allein darum, den Vorgang so, wie er sich nach der intensiven Beweisaufnahme des Ausschusses darstellt, offen zu beschreiben. Es durften keine zur Beurteilung des Sachverhalts wesentlichen Aspekte verschwiegen werden. Nur durch exakte Benennung der Fakten konnten wirklich Lehren aus diesem Vorfall gezogen werden, die sich nicht nur in Scheinmaßnahmen oder reiner Symbolpolitik erschöpfen.

„Lessons Learned“

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben hierzu einen gemeinsamen Forderungskatalog (BT-Drs. 17/7400, ab Seite 432) vorgelegt und darauf gedrängt, dass über diese „Lessons Learned“ regelmäßig im Rahmen des Verteidigungsausschusses unterrichtet wird.



SPD will Informationsrechte von Verbrauchern stärken

Geriebener Käse, der gar kein Käse ist. Fleisch, das umetikettiert wurde und es trotzdem in die Regale des Handels schafft. Spielzeug mit gefährlichen Inhaltsstoffen. All solche Vorfälle erfahren Verbraucherinnen und Verbraucher meist erst aus den Medien. Doch in der Regel sind die besagten Produkte dann schon länger im Umlauf. Das führt zu Verunsicherungen. Verbraucherschutzministerin Aigner (CSU) hatte nach dem Dioxin-Skandal angekündigt, die Verbraucherinformation zu verbessern.

Doch mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes hat die Ministerin diese Chance vertan. Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur 2./3. Lesung der Gesetzesnovellierung einen Entschließungsantrag mit einer Reihe von Verbesserungsvorschlägen eingebracht.



Schwarz-Gelb schützt Unternehmen anstatt die Verbraucher

Anstatt die Information von Verbrauchern/innen zu verbessern hat Schwarz-Gelb sich von den Lobbyinteressen der Hersteller einlullen lassen. Auf die Fragen, welche Informationen Verbraucher/innen benötigen, um gute Entscheidungen treffen zu können und in welcher Form und wann sie zur Verfügung stehen müssen, hat Schwarz-Gelb keine Antworten. Eine Reihe von Fortschritten, die im Referentenentwurf noch enthalten waren, wurde im Gesetzgebungsverfahren gestrichen.

Im Detail gibt es durch die Novellierung des Verbraucherschutzgesetzes zwar ein paar Verbesserungen, aber in entscheidenden Bereichen ändert sich nichts oder aber der Zugang zu Informationen wird für Verbraucher/innen sowie für Journalisten und Nichtregierungsorganisationen sogar durch neue Kostenregelungen erschwert. Zu einer Kennzeichnung von Restaurants, die sich nicht an Hygienevorschriften halten, z. B. durch die vom Berliner Bezirk Pankow entwickelten Smiley-Aufkleber, hat sich die Verbraucherministerin nicht durchringen können. Eine Auskunftspflicht von Unternehmen gegenüber Verbrauchern hat die Lobby erfolgreich verhindert. Die Informationspflicht von Behörden gegenüber der Öffentlichkeit wurde deutlich eingeschränkt. Ross und Reiter werden nur genannt, wenn ein erheblicher Verstoß gegen Vorschriften vorliegt, ein Verstoß wiederholt begangen wurde oder ein Bußgeld von mindestens 350 Euro zu erwarten ist. Darüber hinaus hat Aigner das Verbraucherinformationsgesetz nicht auf alle Produkte und Dienstleistungen ausgeweitet.

SPD will mehr Transparenz für Verbraucher schaffen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Entschließungsantrag von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept für Verbraucherinformation. Das Verbraucherinformationsgesetz, das bislang nur für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände wie z. B. Zahnbürsten gilt, soll künftig alle Produkte, Erzeugnisse und Dienstleistungen umfassen. Behörden sollen verpflichtet werden, Untersuchungen von Produkten oder Dienstleistungen von sich aus leicht zugänglich zu veröffentlichen. Dazu gehört, dass die Bevölkerung auch bei Gesundheitsrisiken und Täuschungen informiert wird. Ein „Restaurant-Barometer“ soll im Eingangsbereich von Restaurants gut sichtbar über die Ergebnisse der Lebensmittelkontrolle informieren. Alle Hürden, die Schwarz-Gelb aufgebaut hat um den Zugang zu Behördeninformationen zu erschweren, sollen zurück genommen werden. Akteneinsicht soll kostengünstig und in angemessener Frist gewährleistet werden. Informationen über Rechtsverstöße sollen kostenfrei bleiben. So sollen auch Journalisten und Verbraucherverbände einen guten Zugang zu Informationen erhalten, denn als Multiplikatoren können sie diese für Verbraucherinnen und Verbrauchern verständlich aufbereiten. Auch Unternehmen sollen verpflichtet werden, gegenüber Verbrauchern/innen transparent zu informieren, z. B. über beworbene angebliche Produktvorteile.

Personalie



Neue Arbeitsgruppensprecherin gewählt

Am 21.11.2011 hat die SPD-Bundestagsfraktion Sonja Steffen zur Sprecherin der Arbeitsgruppe Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung gewählt. Die 48-Jährige aus Mecklenburg-Vorpommern folgt auf Michael Hartmann, der seit 18.10.2011 Sprecher der Arbeitsgruppe Inneres ist.

Leserumfrage zur Fraktion Intern

Wir wollen die Fraktion Intern für ihre Leser/innen attraktiver gestalten. Deshalb führen wir mit der kommenden Ausgabe eine Leserbefragung durch. Dazu werden wir dem Heft einen Fragebogen beifügen. Außerdem kann selbstverständlich online an der Befragung teilgenommen werden. Der Parteivorstand wird die Umfrage unterstützen, indem er an alle E-Mail-Adressen, die ihm von den Empfängern/innen der Fraktion Intern vorliegen, den Link zur Online-Befragung verschicken wird. Das erleichtert die Teilnahme an der Befragung. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme unserer Leser/innen, denn nur so können wir erfahren, welche Verbesserungen wir angehen sollten.



Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Die nächste Ausgabe
von **fraktion intern***
erscheint am 06. Februar 2012

Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

Mehr Informationen gibt es hier:

www.spdfraktion.de
www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/Googleplus
www.spdfraktion.de/twitter
www.spdfraktion.de/youtube
www.spdfraktion.de/flickr

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Heidemarie Apel-Schmelter, Marion Binder, Alexandra Brzezinski, Cilia Ebert-Libskind, Ulrike Fleischer, Stefan Hintermeier, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Dirk Sawitzky, Thorsten Scholz, Frank-Walter Steinmeier, Simon Vaut, Kerstin Villalobos

Illustrationen und Fotos: photothek.net/Thomas Köhler (S. 3), picture-alliance/dpa (14,15), Susanne Voorwinden nach DGB-einblick (S. 4), Susanne Voorwinden nach picture-alliance/dpa-Grafik (S. 5, 7, 12), Susanne Voorwinden nach SPD-Bundestagsfraktion (S.9), Klaus Vhynalek (Titel)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion
- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 530 48 Telefax: 030 / 227-568 00
E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 Telefax: 030 / 227-568 00

E-mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet